

Ökologie

Fusion der Konzerne Bayer und Monsanto

14. Oktober 2016

Am 14.9.2016 verkündete der Bayer-Konzern nach langen Monaten der Verhandlungen den Kauf des US-Saatgut-Konzerns Monsanto für 66 Mrd. \$ (knapp 60 Mrd. €). Was bedeutet dieser Deal für Verbraucher, Umwelt und Gesundheit? Da fusionieren wieder irgendwelche Konzerne, also nichts Neues?

Am 14.9.2016 verkündete der Bayer-Konzern nach langen Monaten der Verhandlungen den Kauf des US-Saatgut-Konzerns Monsanto für 66 Mrd. \$ (knapp 60 Mrd. €). Was bedeutet dieser Deal für Verbraucher, Umwelt und Gesundheit? Da fusionieren wieder irgendwelche Konzerne, also nichts Neues?

Um dies zu beurteilen, muss man betrachten, was diese Konzerne bislang produziert haben und welche Folgen die Produkte verursachen können. Bayer steht unter anderem für die Produktion einer breiten Palette von Pestiziden aller Art, Insektizide, Herbizide, Fungizide, darunter das umstrittene Herbizid Glyphosat. Glyphosat wird 2015 von mindestens 91 Chemieunternehmen in 20 Ländern hergestellt, einer der größten ist Bayer. Monsanto's Patente auf Glyphosat sind in den meisten Staaten abgelaufen.

Bayer verfolgt wie alle Konzerne das Ziel der ständigen Umsatzsteigerung und sucht dafür sowohl Kooperationspartner als auch die Ausschaltung oder Schwächung der Konkurrenz. Bayer setzt auf Steigerung des Absatzes seiner Produkte bei Großunternehmen der Landwirtschaft, und dies national wie international.

Da kommt die Übernahme eines führenden Saatgut-Konzerns wie Monsanto, der sich auf die Entwicklung von gentechnisch veränderten und gegen Herbizide wie Glyphosat resistent gemachten Kulturpflanzen wie Soja, Mais und Baumwolle spezialisiert hat, gerade recht, oder besser gesagt: Monsanto passt zu Bayer, als wären sie von vornherein dafür geschaffen. Nun können diese zusammengeführten Agrarkonzerne die Welt einschließlich der Entwicklungsländer beglücken mit kombinierten Angeboten von Saatgut gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und den dazu passenden Pestiziden im Paket. Solche Pakete sind sinnvoll für industriell arbeitende Agrar-Großbetriebe, die sich die Kosten für das patentierte Gentechnik-Saatgut einschließlich der Patentgebühren leisten können.

Damit fördert der Kombi-Konzern Bayer-Monsanto die weitere Expansion einer industrialisierten Landwirtschaft, die auf intensiven Einsatz von gentechnisch auf Massenproduktion in Monokulturen angepassten Kulturpflanzen, Düngern und Pestiziden setzt. Die örtlichen Bauern werden mit Patentgebühren finanziell bei der Stange gehalten, sie dürfen eigenes Saatgut nicht mehr verwenden und müssen jedes Jahr erneut Konzern-Saatgut kaufen.

Weltpolitische Hintergründe und Aspekte

Strukturelle Ursachen wie industrielle Landwirtschaft durch Agrarkonzerne, Enteignung von Kleinbauern

durch staatliche Behörden im Auftrag der Konzerne und die dadurch bedingte industrielle Landwirtschaft mit Monokulturen, ökologischen Zerstörungen durch Pestizid- und Gentechnik-Einsatz sind wesentliche Faktoren für Armut, Bürgerkriege und Fluchtursachen in den Entwicklungsländern. Dort sind westliche Konzerne bestrebt, die kleinbäuerliche Landwirtschaft entsprechend ihren exportierten Produkten wie Gentechnik-Saatgut, Dünger und Pestizide industriell umzugestalten. Das läuft unter der Bezeichnung „Grüne Revolution“.

So haben US-Agrarkonzerne zusammen mit der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Organisation USAID und den „philanthropischen Stiftungen“ von US-Milliardären wie Bill Gates die „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) gegründet. Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe und Hunger-Bekämpfung soll gentechnisch hergestelltes Saatgut der Konzerne Monsanto, Pioneer und Dupont in der einheimischen Landwirtschaft durchgesetzt werden. Beteiligt ist auch die Bill Gates-Stiftung, die 120 Millionen Dollar zur Förderung der Agrarerträge in Afrika zur Verfügung gestellt hat.

Giftig

Im März 2015 stuft die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat in die Kategorie 2A (wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen) ein.

Die genannten Stiftungen besitzen Aktien von Monsanto und anderen Agrarkonzernen. Sie üben Druck auf die afrikanischen Parlamente aus, das gentechnisch veränderte Saatgut zuzulassen und die traditionellen Methoden der Saatgut-Züchtung zu verdrängen. Die Afrikanische Entwicklungsbank AfEB sieht als ihre Hauptaufgabe die Förderung der „Grünen Revolution“ und ruft zur Verwendung gentechnisch von verändertem Saatgut auf, angeblich um „die Produktivität der afrikanischen Landwirtschaft zu verbessern“. Sie will damit die Kontrolle über die lokale Produktion der Grundnahrungsmittel erhalten. Dabei sind auch Enteignungen von Land der lokalen Kleinbauern eingeschlossen. So haben die Behörden im Bundesstaat Taraba in Nigeria Kleinbauern vertrieben, um dem US-Konzern Dominion Farms 30 000 ha Ackerland zum Reisanbau zu überlassen. Auch in Kenia war dieser Konzern ähnlich vorgegangen. Auch chinesisches Kapital ist an der Verdrängung von afrikanischen Kleinbauern beteiligt, um Anbauflächen zu gewinnen. Dabei helfen staatliche Behörden, die das „leerstehende“ Land an chinesische Unternehmen verkaufen.

Über Freihandelsabkommen verschaffen sich internationale Saatgutkonzerne wie Monsanto und Syngenta den Marktzugang in den Entwicklungsländern. Beispiel: Die USA haben mit Kolumbien 2012 ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, das den Kleinbauern die seit Jahrhunderten übliche Praxis verbietet, ihr eigenes Saatgut anzubauen. Nur noch die zertifizierten Sorten der Saatgutkonzerne waren zugelassen. Mithilfe des Militärs werden die neuen Regeln gewaltsam durchgesetzt und Felder und Ernten mit angeblich „illegalem Anbau“ zerstört. So wird die traditionelle Landwirtschaft der Kleinbauern als Verbrechen verfolgt.

Drei große Saatgutfirmen beherrschen weltweit rund die Hälfte des Saatgutmarktes (Banzhaf, 2016), das sind Monsanto, die Schweizer Syngenta und Dow/DuPont. Bei allen gibt es aktuell Tendenzen zu Konzern-Fusionen, so Dow Chemical mit Dupont und Syngenta mit dem chinesischen Staatskonzern ChemChina. Der deutsche Chemiekonzern BASF will angesichts der starken Konkurrenz sein internationales Geschäft mit Pestiziden ausbauen.

Mit dem Gentechnik-Saatgut einher kommt die Abhängigkeit der Bauern von den Patentregelungen der Konzerne, nach denen neben den Patent- und Lizenzgebühren auch die im Paket angebotenen Pestizide und Düngemittel gekauft werden müssen (Jean Nanga, 2015). Dieses Prinzip wird mit der Bayer-Monsanto-

Fusion weltweit noch weiter ausgebaut und gefördert.

Fazit

Was bedeutet die beschriebene Entwicklung für Umwelt und Gesundheit?

Die genannten Konzerne behaupten, dass die Industrie angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums und des Klimawandels „vor großen Herausforderungen steht“, um 10 Milliarden Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 ernähren zu können. Dabei setzen sie ausschließlich auf großindustriell organisierte Landwirtschaft auch in Entwicklungsländern, die vorwiegend auf Monokulturen mit gentechnisch mehrfach veränderten Herbizid-resistenten Nutzpflanzen beruht. Dies bedeutet automatisch die Zerstörung der kleinteilig organisierten lokalen Subsistenz-Landwirtschaft der Kleinbauern, die zwangsläufig deren Verelendung und Entwurzelung zur Folge hat und mit den laufenden Fusionen noch mehr haben wird.

Übrig bleiben landwirtschaftliche Großbetriebe, die rationell und kostengünstig produzieren sowie die Lizenzbedingungen für die patentierten Gentechnik-Pflanzen erfüllen können. Dies führt zur Konzentration auf wenige landwirtschaftliche Großproduzenten auf der einen Seite und zur Zunahme der verelendeten Bevölkerung auf der anderen Seite, die schon heute die Slums der Großstädte und Megastädte überfüllt. Mit der Globalisierung wächst die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit, zwischen Überfluss auf der einen und unbefriedigten Grundbedürfnissen auf der anderen Seite.

Der weltweite großflächige Einsatz hochgiftiger Herbizide wie Glyphosat, von ebenso giftigen Insektiziden und von chemischer Düngung führt zur Zerstörung der Natur und zu beschleunigtem Aussterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Dies raubt der einheimischen Bevölkerung letztlich alle zum Leben notwendigen Ressourcen wie Boden, Wasser und gesunde Lebensmittel. Dabei zeigt sich ein Trend, dass sog. „Commons“, d.h. für alle Menschen lebensnotwendige Ressourcen wie gesunde Lebensmittel, sauberes Wasser, saubere Luft, medizinische Versorgung und Prävention selbst in den Industrieländern und erst recht in den unterentwickelt gehaltenen Ländern für den Großteil der Bevölkerung nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen. Die Erfüllung solcher Grundbedürfnisse ist für Konzerne mit hohen Profiterwartungen nicht lukrativ genug. Da die Selbstversorgung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern durch lokale Subsistenz-Landwirtschaft zerstört wird, sind sie auf Lebensmittelpakete durch UN-Hilfsorganisationen angewiesen, wenn sie überleben wollen.

Der Kampf gegen die Subsistenzwirtschaft wird zum erklärten Ziel der Entwicklungspolitik. Schon 1975 formulierte der damalige Weltbank-Präsident McNamara: „Die Bauern müssen von der Subsistenzwirtschaft zur kommerziellen Landwirtschaft gebracht werden.“ Eine Wirtschaft, die zum Ziel hat, dass die Menschen in einer Subsistenzwirtschaft sich selbst und ihre Mitmenschen mit den Verbrauchsgütern versorgen, die der Erfüllung ihrer Bedürfnisse dienen, war von da an unerwünscht. Nun sollten Profitmaximierung und Konsumkultur Priorität in der Entwicklungspolitik bekommen. Subsistenzwirtschaft, also eine Ökonomie des Lebensunterhalts, wurde zum Synonym für „Unterentwicklung“. Weltweit sollte fortan die Gier der Konsumkultur für die Bevölkerung äußerlich ein besseres Leben versprechen, während sie in Wirklichkeit zur Verstärkung des Wachstums ohne Rücksicht auf begrenzte Ressourcen und natürliche Ökosysteme dienen sollte.

Entwicklung bedeutet hier Wachstum. Diese Regel soll nach dem Willen der Konzerne weltweit auch für die Entwicklungsländer gelten. Mit der Globalisierung der Wirtschaft und des Handels wollen die Industrieländer ihren eingebildeten Auftrag als angebliche Wohltäter in den „Entwicklungsländern“ noch effektiver erfüllen. Doch aktuell zeigt sich das globale Versagen dieses Ansatzes einer Weltökonomie: Ressourcenverknappung, Umweltzerstörung und -vergiftung, Kriege, Terrorismus, staatliche Repression, Naturkatastrophen im Zusammenhang mit Klimawandel (Bennholdt-Thomsen, 2015).

Die „Flüchtlingskrise“ gehört zu den sozialen und politischen Folgen der globalen politischen Verhältnisse und des Klimawandels. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist in diesem Trend der internationalen Globalisierung der Landwirtschaft unter der Führung weltweiter Agrar- und Saatgut-Konzerne zu sehen. Wenn diese Fusion tatsächlich vollzogen wird, kann dies die oben aufgezeigten Tendenzen der Verelendung wie auch der ökologischen Zerstörungen und Vergiftungen nur noch verstärken.

Literatur

Banzhaf, A.: Saatgut. Wer die Saat hat, hat das Sagen. Öekom-Verlag, 2011, in: Natur 7, 2016, 63

Bennholdt-Thomsen, Veronika: Subsistenz ist die Lösung. Atlas der Globalisierung, Le Monde Diplomatique, Hrsg.: TAZ-Genossenschaft, Berlin, 2015, S. 162-163).

Broschüre: Brot für die Welt: Ernährung für alle oder Profit für wenige? www.brot-fuer-die-welt.de, 2015, in GID 232, Okt. 2015, 45)

Judith Dellheim: Commons und die Kliniken der Solidarität. Atlas der Globalisierung, Le Monde Diplomatique, Hrsg.: TAZ-Genossenschaft, Berlin, 2015, S. 150-151).

Dörre, Klaus; Stephan Lessenich, Hartmut Rosa: Lob der Gleichheit. Atlas der Globalisierung, Le Monde Diplomatique, Hrsg.: TAZ-Genossenschaft, Berlin, 2015, S. 160-161).

Hassenstein, W., 2015: Greenpeace-Magazin 6, 2015, S. 11

Jean Nanga: Imperialistische Fremdherrschaft in neuer Gestalt. Inprekorr 6, 2015, 34-50

Wilhelm Krahn-Zembol: (Um-)Weltmedizin – Oder: was heilt die Welt. Umwelt, Medizin, Gesellschaft 28 (4), 2015, 301-313

Dieser Beitrag wurde publiziert am Freitag den 14. Oktober 2016
in der Kategorie: **Ökologie, RSB4.**